Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6257

26. 11. 96

Änderungsantrag

der Abgeordneten Winfried Nachtwei, Angelika Beer, Oswald Metzger, Christa Nickels und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1997
– Drucksachen 13/5200 Anlage, 13/5836, 13/6014, 13/6025, 13/6026, 13/6027 –

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 14 19 – Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät – wird der Leertitel 554 05 – Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000 – gestrichen.

2. Die Entwicklungskosten in Kapitel 14 20 – Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung – Titel 551 18 – Entwicklung eines Neuen Europäischen Jagdflugzeuges (Eurofighter 2000) – werden in Höhe von 25 000 TDM gekürzt. Der Haushaltsvermerk wird durch folgenden neuen Haushaltsvermerk ersetzt: „Die im Titel enthaltenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 620 000 TDM werden gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages. Es werden keine neuen Verpflichtungsermächtigungen eingegangen."

3. Die Verwaltungskosten in Höhe von 29 000 TDM in Kapitel 14 22 – Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen – Titel 686 15 – Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für das Neue Europäische Jagdflugzeug (NETMA) – werden gekürzt, der Titel wird gestrichen.

Bonn, den 26. November 1996

Winfried Nachtwei
Angelika Beer
Oswald Metzger
Christa Nickels
Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Begründung

Die deutsche Beteiligung an der Forschung, Entwicklung, Erprobung und Beschaffung des Waffensystems Eurofighter 2000 wird mit sofortiger Wirkung beendet. Für die bisherige Entwicklung des politisch, militärisch und ökonomisch umstrittenen Europäischen Jagdflugzeuges wurden bis 1996 mehr als 6 500 000 TDM gebilligt. Die geplante Beschaffung von 140 Jagdflugzeugen und 40 Jagdbombern würde den Bundeshaushalt in den kommenden Jahren mindestens um weitere 25 000 000 TDM belasten. Eine derartig einschneidende Belastung ist unter den gegebenen sicherheits- und haushaltspolitischen Bedingungen nicht zu verantworten.

Bereits seit Jahren zeichnet sich ab, daß der umstrittene Jäger 90/Eurofighter 2000 zu einem der teuersten und technologisch überfordertsten Rüstungsprojekte werden wird. Daran hat auch die 1992 vom Bundesminister der Verteidigung, Volker Rühe, eingeleitete „Reorientierung" nichts geändert. Im Gegenteil: Es ist zu befürchten, daß der nur unzulänglich erprobte Eurofighter bei schlechterer Standardausstattung durch Zukauf und Nachrüstungen am Ende noch wesentlich teurer werden wird, als der Jäger 90. Vor dem Hintergrund fortgesetzter massiver Einsparungen im Sozialbereich sind die Milliarden, die für die Entwicklung und Herstellung eines neuen europäischen Jagdflugzeuges ausgegeben wurden bzw. noch ausgegeben werden sollen, der Bevölkerung nicht zumutbar.

Dies gilt um so mehr, als weder die Bedrohung durch das Luftkriegspotential der ehemalige Staaten des Warschauer Paktes noch das der Russischen Föderation als glaubhafte Legitimation für den Jäger 90/Eurofighter 2000 herangezogen werden kann. Der Jäger 90 war, wie Vertreter der Regierungsparteien, u. a. auch der Bundesminister der Verteidigung, 1992 freizügig einräumten, von seiner Ausstattung so konzipiert, daß er nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes „der veränderten sicherheitspolitischen Lage nicht angepaßt" und darüber hinaus „zu teuer" war. 14 Abgeordnete der Fraktion der F.D.P. und zwei Abgeordnete der Fraktion der CDU/CSU stimmten in der Debatte des Deutschen Bundestages vom 27. November 1991 mit der Opposition gegen die Fortsetzung des Rüstungsprojektes. Durch die vermeintliche Reorientierung auf den Eurofighter wurden sichtbare Bündnissolidarität und Industriepolitik demonstriert. An der Fehlkonzeption und milliardenteuren Fehlplanung wurde jedoch nichts wesentlich geändert.

Nach der weiteren Lockerung der Rüstungsexport-Regelungen durch die Bundesregierung ist bereits heute abzusehen, daß ein unter deutscher Beteiligung hergestellter Eurofighter 2000 unter Hinweis auf die Bündnissolidarität und die Beschäftigungssituation der Luft- und Raumfahrtindustrie zu einem Exportgut werden wird. Dieser Entwicklung gilt es bereits heute entgegenzutreten.

Der Einspareffekt dieses Antrages beträgt 54 000 TDM für den Bundeshaushalt 1997.

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333